

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1928**

16 (19.1.1928)

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung 1835  
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

### Anzeigen-Preis:

Anzeigen: Die 33 mm breite  
Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite  
Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Textteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifreduzierter  
Rabatt, der bei Nichtzahlung  
innerhalb 8 Tagen nach Rech-  
nungsdatum oder bei gerichtlicher  
Betreibung erlischt.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen  
müssen am Tage vorher an-  
gegeben werden.

Bank-Konto:  
Bereinsbank Sinsheim  
e. G. m. b. H.

Er erscheint täglich  
mit Ausnahme der Feiertage.

### Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger und unsere Aus-  
träger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.20  
Der Bezugspreis ist im Voraus  
zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Liefer-  
ung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 465

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 16.

89. Jahrgang

## Muß Marx gehen?

Parteidisziplin oder Verantwortungspflicht.

Frankfurt a. M., 18. Jan. Die rhein-mainische Volkszeitung, das Organ des Frankfurter Zentrums, nimmt in einem „Das Problem der Führung“ überschriebenen Artikel zu dem Konflikt im Zentrum Stellung und kommt dabei zu der sehr eindeutig formulierten Feststellung: „Wilhelm Marx befißt nicht die Führerqualitäten, die man in der heutigen komplizierten Lage an der Spitze der Zentrumsgruppe eingestuft sehen möchte“. Es sei ein großer politischer Fehler gewesen, den gleichen Mann kurz hintereinander als Präsidialkandidaten der Linken und als Reichskanzler einer Reichsregierung in Erscheinung treten zu lassen. Marx habe sich vor Aufgaben gestellt gesehen, denen er nicht gewachsen war. Es sei an der Zeit, mit der falschen, aus anderen Bezirken des Gemeinschaftslebens in die Politik übertragenen Autoritätsauffassung aufzuräumen, und wenn jetzt wieder der Versuch unternommen werde, durch den falsch angebrachten Appell an die Parteidisziplin die notwendige politische Klärung der Lage zu verhindern, so müsse mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die Kreise, die diese Klärung hintanhalteten, es sind, die die Totengräberarbeit an der deutschen Zentrumsgruppe leisten. Neben die Lösung des Führersproblems aber tritt eine zweite politische Aufgabe, auf die Wirth seit Jahr und Tag hingewiesen habe, die aber leider gerade von den Arbeiterführern des Zentrums in seiner ganzen Tragweite nicht erkannt worden sei: der politische Kampf um die Verwirklichung des sozialen Volksstaates müsse endlich aufgenommen und der Beteiligung des Zentrums an einer Rechtsregierung möglichst schnell ein Ende gemacht werden. Die letzte Ursache, die Mißstimmung in den Arbeiterkreisen des Zentrums und nicht nur in jenen, sei die Kooperation mit politischen Mächten, die verschiedene Gegner einer sozialen und republikanischen Politik sind.

### Prälat Dr. Schofer zum inneren Zentrumszwist und zum Föderalismus

Freiburg i. Br., 19. Januar. Der Chef der badischen Zentrumsgruppe, Prälat Dr. Schofer, gewährte einem Vertreter der „Freiburger Tagespost“ eine Unterredung, in der er zur augenblicklichen Auseinandersetzung in der Zentrumsgruppe zwischen einigen Führerpersönlichkeiten Stellung

nahm und dabei u. a. äußerte, es wäre falsch, die Gefahren der heutigen Schwierigkeiten in ihrer Bedeutung zu unterschätzen. Es sei nicht zu verkennen, daß in letzter Zeit auf der einen oder anderen Seite bedauerliche Fehler gemacht worden seien. Diese Fehler seien aber verständlich, denn die neue Zeit erfordere auch für eine Partei wie das Zentrum bei aller Wahrung der alten Grundzüge eine den Zeitverhältnissen entsprechende Praxis. Diese herauszubilden sei jedenfalls in so wenigen Jahren nicht ohne weiteres möglich gewesen. Vor allem möchte man wünschen, daß die parlamentarischen Minister wichtige Vorlagen in ihren Hauptpunkten, ehe sie und frei besprechen, auf deren Mitwirkung sie angewiesen sind. Es müsse aber auch der politische Führer im Zentrum auf gewisse Grenzen Rücksicht nehmen. Selbstverständlich sei auch, daß in der Sphäre des Gesetzes das eine oder andere Wort falle, das verlegen könne. Er sei aber der Ansicht, daß Reichskanzler Dr. Marx in den Ausdruck „von einigen Gewerkschaftsführern“ nichts Kränkendes habe hineinlegen wollen. Jedenfalls müsse es im Zentrum zur Selbstverständlichkeit gehören, daß die Angehörigen des Arbeiterstandes genau so wie früher geachtet und geschätzt werden müssen wie die jeden anderen Standes.

Jetzt sei, so erklärte Dr. Schofer, am Plage: Man erwarte von den Führern, daß sie sich nicht weiter auseinanderreden, sondern ernstlich daran denken, wieder näher zu einanderzukommen. Die bevorstehenden Wahlen fordern ganz besondere Einheit und Geschlossenheit, Disziplin und Ordnung.

Ueber das Problem Föderalismus — Unitarismus befragt, erklärte Dr. Schofer, man täusche sich in Norddeutschland da und dort über die Stimmung in diesen Dingen im Süden. Allzu groß seien die Hoffnungen, die man auf die gegenwärtige Zeit setze, nicht. Volk und Vaterland verlor Berlin auszuliefern, wäre für ein deutsches Reich in kritischen Momenten am Ende ein Verhängnis. Man müsse das Gefühl in dem föderalistischen Gedanken und im Volksempfinden auch am Rheine erkennen.

Am Schluß der Unterredung über die Schulfrage noch befragt, erklärte Dr. Schofer, er müsse im gegenwärtigen Augenblick ablehnen, sich darüber näher zu äußern, weil er mit seinen Rednerungen vielleicht die Verhandlungen in Berlin fördern oder ungünstig beeinflussen könne.

## Abschluß der Länderkonferenz.

### Das amtliche Communiqué

Berlin, 19. Jan. (Funkpr.) Amtlich wird gemeldet: Durchbringen von der Überzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage eines einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeitens zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in ihrer heute zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder föderativen Rechte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, die Übereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder als „Reichsländer“ aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegen gewirkt werden. Als solche kommen Devotionen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Ausdehnung der Länder erweitern. Wenn kleinere Länder in Nachbarländer aufzugeben wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden.

3. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und Vereinbarung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besteht wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrats vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuss entsenden.

Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.

Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Lösungen in Aussicht gestellt:

1. Zur Beseitigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwacher Länder auf das Reich zu übernehmen.

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer sowie über die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung. Sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregt, vermittelt und auf Antrag der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig ist.

3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reiches wird die Reichsregierung demnach im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamer Finanzabfuhr in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausmaß, der unter Vorbehalt des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung dankbar erscheinen.

Bezüglich der Fragen der Verwaltungsreform sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung entsprechender Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) Zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden.  
b) Zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Übereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichsregierung (Reichsparlamentar) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen,  
b) der Reichsparlamentar sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert.

In diesem Fall werden die Landesbehörden dem Reichsparlamentar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichsparlamentars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Prüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuß betraut werden.

### Anmerkung 1:

Die im ersten Abschnitt, Anmerkung 5 genannten Länder des Verfassungsausschusses sind Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin und Lippe.

Die erstgenannten neun Länder werden je einen Vertreter, das Reich seinerseits gleichfalls neun Vertreter in diesen Ausschuß entsenden. Der Ausschuß tagt unter Vorsitz des Reichskanzlers.

### Anmerkung 2:

Der Abschnitt II stellt eine einseitige Erklärung des Reiches dar.

### Anmerkung 3:

Der im Abschnitt III genannte Ausschuß wird sich zusammensetzen aus dem preussischen, dem badischen, dem Hamburger und dem thüringischen Finanzminister.

Am Schluß der Diskussion über die der Öffentlichkeit zu übermittelnde Kundgebung sprach Bürgermeister Petersen dem Herrn Reichskanzler den Dank der Versammlung für die Einberufung und Leitung der Konferenz und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Pünder, den Dank für die Vorbereitung der Konferenz aus.

Dann schloß in Vertretung des dienstlich verhinderten Reichskanzlers Reichsjustizminister Erz. Bergt, die Tagung mit folgenden Worten:

„Meine Herren! Namens des Herrn Reichskanzlers darf ich meinerseits dem Danke der Reichsregierung Ausdruck verleihen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bemerkt geworden ist: heute ist der 18. Januar. Wir denken an einen anderen 18. Januar, wo auch über die Reichsgeschichte verhandelt worden ist. Damals konnten die Verhandlungen sofort zu einer Lösung geführt werden und der Jubel von ganz Deutschland stand hinter dieser Lösung. Meine verehrten Herren! Wir sind heute zu unserem großen Bedauern nicht in der Lage, unserem Volke eine Endlösung zu bringen. Wir haben hier nur eine Frage mit erstem Willen anpacken können. Aber doch sehen wir Möglichkeiten für die Zukunft.“

Ich habe mit großer Freude — und das ist auch die Auffassung des Herrn Reichskanzlers — aus den dreitägigen Verhandlungen und aus den vielen Reden hier immer und immer wieder die Verständigungsbereitschaft herausgehört. Und das ist eigentlich das positive Ergebnis unserer ganzen Tagung, daß es gelungen ist, eine so große und so verschiedenartig zusammengesetzte Versammlung letzten Endes in großen Linien zu einer Verständigungsbereitschaft zu bringen. Und ferner, meine Herren, ist es wohl aller Meinung, daß die Sache nicht etwa nun mit dieser Tagung beendet sein soll, daß nicht etwa die Ausschüsse, die wir in Aussicht genommen haben, nun bloß des Dekorums willen gebildet werden sollen, sondern daß in ihnen weitere ernste Arbeit geleistet werden soll.

Wir sehen also hoffnungsfreudig in die Zukunft und mit diesem Gefühl der Hoffnung und des Vertrauens auf die Zukunft, die auch die schweren Fragen, die uns hier beschäftigt haben, einer Lösung zuführen wird, darf ich die Tagung hiermit schließen.“ (Allseitige Zustimmung.)

### Die gestrige Vormittagsitzung

Berlin, 19. Jan. Die Vormittagsitzung der Berliner Länderkonferenz war kurz nach 1 Uhr zu Ende. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Finanzfragen, wurde nach den vorgelegten Referaten des preussischen Finanzministers Höpfer-Achhoff und des badischen Finanzministers Schmitt sowie ergänzenden Ausführungen des bayerischen Finanzministers Schmelzle auf eine Diskussion verzichtet. Es bleibt also bei der vorgestern beschlossenen Finanzkommission. Die Konferenz trat sofort in die Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung: „Maßnahmen zur Erreichung einer sparsamen Verwaltung in Reich und Ländern“ ein. Referate erstatteten der sächsische Innenminister Apelt und der bayerische Innenminister Stügel. Beide Referenten stellten sich im Wesentlichen auf den Standpunkt, daß die Frage einer Verwaltungsreform mit der Frage, ob Unitarismus oder Föderalismus, nichts zu tun habe. Professor Apelt behandelte im ersten Teile seines Referates die Frage der Verwaltungsreform selbst und im zweiten Teile die Frage der Rechtsangleichung. Zu dem Problem der sogenannten Dezentralisierung der Verwaltung wies er darauf hin, daß die kommunalen Selbstverwaltungskörper bereits heute in schwerer Bedrängnis seien. Besonders befristete er eine Vereinfachung auch der Reichsbürokratie und regte an, daß erfahrene Landesbeamte in die Reichsbehörden einziehen sollten. Was den Reichsrat angehe, so glaube er nicht, daß der Reichsrat wieder im Sinne des früheren Bundesrates umgewandelt werden könne. Die Frage der Rechtsangleichung will Professor Apelt im Wesentlichen durch Vereinbarungen zwischen den Ländern selbst gelöst sehen. Der bayerische Innenminister Stügel wies einleitend darauf hin, daß der Ruf nach einer Verwaltungsreform zum Teil sehr künstlich geführt worden sei, und zwar um machtpolitische Ziele willen. Nicht das Vorhandensein der Länder erschwere die öffentliche Verwaltung, sondern die unorganische und unbestimmte Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern. Eine endgültige durchgreifende Vereinigung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ließe sich nur durch Änderung einer Reihe von Verfassungsbestimmungen in Richtung der Stärkung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, aber ohne grundstürzende Änderungen herbeiführen. Vor allem müsse der Grundbesatz festgelegt werden, daß der Vollzug der Reichsgesetze Sache der Länder sei. Ein Ausbau weiterer Reichsverwaltungsbehörden sei zu unterlassen, weil er zur Aufspaltung der Länderverwaltung führe. Reichsrats, die zur Zuständigkeit der Länder gehören, müßten beseitigt werden. Zum Schluß wies Minister Stügel auf die schon in Angriff genommene bayerische Verwaltungsreform hin, über die er sich trotz der bestehenden Schwierigkeiten optimistisch äußerte.

### Die Not der deutschen Landwirtschaft

#### Eine Interpellation der Regierungsparteien.

Berlin, 18. Jan. (Funkpr.) Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft. Der Reichsregierung ist dies, wie aus zahlreichen Äußerungen ihrer verantwortlichen Vertreter hervorgeht, bekannt. Sie hat auch wiederholt auf das feierlichste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkskraft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Es steht auch fest, daß die Wiederbelebung und Erhaltung des

Zulandsmarktes in erster Reihe von dem Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk vor dauernder Nahrungsmisere zu bewahren.

Reubell will zurücktreten.

Berlin, 18. Jan. Wie wir zuverlässig erfahren, steht nach dem Rücktritt Dr. Gehlers noch eine zweite Veränderung in der Reichsregierung bevor. Es handelt sich um den Reichsfinanzminister von Reubell, der in den nächsten Tagen aus Gesundheitsrücksichten den Reichspräsidenten um seine Enthebung vom Amte bitten wird. Der bevorstehende Rücktritt des Ministers von Reubell erklärt die stumme Rolle, die er in den letzten Tagen auf der Länderkonferenz gespielt hat, obwohl er als zuständiger Ressortminister vor allem berufen gewesen wäre, dabei das Reich zu vertreten.

Die Volkspartei und das Schulgesetz

Berlin, 19. Jan. (Zuspruch.) Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat der Abgeordnete Kunkel nunmehr offiziell von seiner Partei den Auftrag erhalten, die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Paragraphen 16a des Schulgesetzes zurückzuziehen.

Der Paragraph 16a befaßt bekanntlich, daß in solchen Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsbehörden hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichtes (Konkordat) durch Gesetz oder Vereinbarung bereits festgelegt ist, es bei dieser Regelung verbleiben kann.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler über das Kriegsschadenschlußgesetz

Berlin, 19. Jan. Im Reichstagsausschuß für die Entschädigungsfragen begründete gestern Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Regierungsvorlage. Er betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Schlußregelung der Entschädigung für die Gewalt- und Staunadationschäden, wie sie der Regierungsentwurf bringen wolle. Das Entschädigungsproblem müsse in einer für den Haushalt des Reiches endgültigen Form abgeschlossen werden, wenn nicht schwere Gefahren für die Zukunft erwachsen sollen. Eine abschließende Regelung lasse sich aber auch im Interesse der Geschädigten selber nicht länger hinausschieben. Infolgedessen könne das vorliegende Gesetz nur ein Schlußgesetz sein. Der Minister ging dann auf den Inhalt der Vorlage ein und stellte fest, daß die Belastung des Reiches sich auf 1561 Millionen belaufe. Davon entfallen 165,5 Millionen auf Zahlungen. Die hierfür erforderlichen Mittel sollen aus allgemeinen Haushaltsmitteln entnommen werden, und zwar sollen 100 Millionen bereits im Nachtragsetat für 1927 erscheinen. Die sich bei der Durchführung des Kriegsschadenschlußgesetzes ergebende Belastung stelle das Äußerste dar, was das Reich tragen könne. Mit der Unmöglichkeit, den Gesamtwert zu erhöhen, verbiete sich auch eine Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten und eine Erhöhung der Entschädigungssätze. Der Minister ging in vertraulichen Ausführungen auf die reparationspolitische Seite der Angelegenheit ein. Die vertraulichen Besprechungen wurden nach der Rede des Ministers vom Ausschuß fortgesetzt.

Groener Reichswehrminister?

Berlin, 19. Jan. Ueber die Frage der Nachfolgerschaft für den Reichswehrminister Dr. Gehler schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“, daß dieser Tage noch einige ganz interne persönliche Besprechungen mit den Führern der Koalition stattgefunden haben, in denen insbesondere die Kandidatur des Generals Groener erörtert wurde. Die Bedenken, die einem Definitivum bei den Parteien bisher entgegenstanden, scheinen durch diese Besprechungen dem Lokalanzeiger zufolge im wesentlichen beseitigt zu sein. Man nehme an, daß General Groener ebenso wie es in der letzten Zeit bei Dr. Gehler der Fall war, in seiner politischen Gesamteinstellung dem Zentrum recht nahe kommt, so daß also mit einer Verschiebung des politischen Schwerpunktes im Kabinett nicht zu rechnen wäre. Die entscheidende Frage laute, ob der Reichspräsident in General Groener einen geeigneten Reichswehrminister erblicke. Nach dieser Richtung schreibe man in parlamentarischen Kreisen keine Schwereigkeiten zu befürchten.

Ueber dasselbe Thema sagt die „Vossische Zeitung“: Für die Kandidatur Groeners ist in vielen Besprechungen über die Reuebekuna des Reichswehrministeriums ins Feld ge-

führt worden, daß General Groener auch den Parteien der Linken genehm sein dürfte, und daß er nach den Neuwahlen zum Reichstag auch dann im Amt bleiben könnte, wenn das gegenwärtige Kabinett durch eine Regierung der Großen Koalition ersetzt werden sollte. Die Deutsche Volkspartei erhebt zwar keine Einwendungen gegen die Person Groeners, mit dem die völksparteilichen Minister in mehreren Kabinetten zusammengearbeitet haben, beharrt aber auf ihrem prinzipiellen Anspruch.

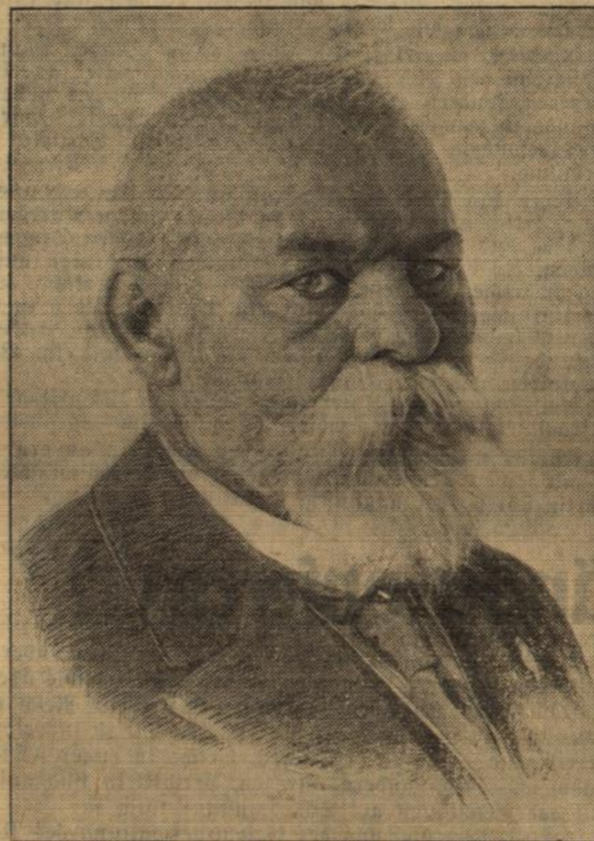
Mit der Ernennung des Generals Groener kann also mit ziemlicher Sicherheit für die nächsten Tage gerechnet werden.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages

Berlin, 19. Januar. Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Fragen des Wohnungsbaues in Verbindung mit der Denkschrift der Regierung über diesen Gegenstand. Ministerialrat Dr. Wölz wies darauf hin, daß die Regierung den jährlichen Zuwachs an Wohnungen heute höher als vor einem Jahr berechnet. Nach Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes müßte man jetzt mit einem jährlichen Bedarfsanwachs von 200 000 Wohnungen rechnen. Der Fehlbetrag betrage nach Auffassung der Reichsminister etwa 600 000 Wohnungen. Der Wohnungsausschuß, die Regierung wolle die Wohnungsnot nicht beseitigen, stehe die Tatsache gegenüber, daß sich alle Fraktionen bei Besprechung der Mieterschuldsätze einmütig auf den Standpunkt gestellt hätten, daß der Wohnungsbau die wichtigste Voraussetzung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei.

Piscators Berufung verworfen

Berlin, 19. Januar. In dem Berufungsprozeß gegen den Piscator gegen die vom ehemaligen Kaiser erwirkte einseitige Verfügung, derzufolge die Pension des ehemaligen Kaisers nicht in dem Stück „Naputin“ auf die Bühne gebracht werden darf, wurde heute das Urteil gefällt. Die Berufung des Piscators wurde kostenpflichtig abgewiesen und damit das Urteil der Vorinstanz bestätigt. In der Begründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß das Recht am eigenen Bilde auch auf die Bühnendarstellung anzuwenden sei, wie dies der Grund und das Ziel des Gesetzes erabe. Auf die Frage der Beleidigung einzugehen, erübrige sich. Es bestehe die Möglichkeit der Einlegung einer Revision gegen dieses Urteil beim Reichsgericht; ob Piscator angesichts der Tatsache, daß er das inkriminierte Stück „Naputin“ nicht mehr spiele, von den Revisionsmöglichkeiten Gebrauch machen werde, sei zweifelhaft. Die schriftliche ausführliche Begründung des Urteils wird den Parteien in einiaer Zeit zugestellt werden.



Generaldirektor Dr. h. c. Friedrich Neumann-Reichardt, der Begründer des Reichardtwerks in Hamburg-Wandsbek, vollendet am 19. Januar in ungewöhnlicher Rüstigkeit sein 70. Lebensjahr. Seinen genialen technischen Erfindungen und volkswirtschaftlichen Grundrissen verdankt die deutsche Kakao- und Schokoladenindustrie wesentlich mit ihre heutige führende Stellung in der Welt.

Vor Diskontherabsetzung in Frankreich.

Paris, 18. Jan. Der Temps glaubt ankündigen zu können, daß die Bank von Frankreich morgen in ihrer Vorstandssitzung den Diskont abermals und zwar von 4 auf 3 1/2 Prozent herabsetzen werde. Die Börse hatte schon in der letzten Woche eine derartige Maßnahme erwartet, die die Bank um so leichter zugehen kann, als auch der neue Satz noch immer um eine Kleinigkeit über den im Freiverkehr üblichen Sätzen liegt.

Rücktritt des belgischen Mitgliedes der Saarregierung

Genf, 19. Jan. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat gestern ein Schreiben des belgischen Mitgliedes der Saarregierung Lambert erhalten, worin dieser seinen Rücktritt zum 31. März ds. Js. mitteilt.

In dem Schreiben weist Lambert darauf hin, daß er seit der Bildung der Saarregierung im Februar 1920 deren Mitglied sei. Er schätze das Vertrauen hoch ein, das der Völkerbundsrat ihm erwiesen habe, indem er nunmehr 8 Jahre auf seinem Posten belassen worden sei. Aus rein persönlichen Gründen halte er jedoch die Verlängerung seines am 31. März ablaufenden Mandates nicht mehr für wünschenswert. Lambert weist sodann darauf hin, daß die künftige Zusammensetzung der Saarregierung auf der Märztagung des Völkerbundsrates zur Erörterung gelangen werde, weshalb er jetzt den Zeitpunkt für gekommen halte, dem Völkerbundsrat seinen Rücktritt zur Kenntnis zu bringen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat das Rücktrittsschreiben Lamberts sofort sämtlichen Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht.

In den Kreisen der saarländischen Bevölkerung wird der Rücktritt Lamberts zweifellos mit Genugtuung begrüßt werden, da Lamberts Verhalten nicht geeignet war, ihm die Sympathien der saarländischen Bevölkerung zu gewinnen.

König Alfons von Spanien will sich scheiden lassen

Paris, 19. Januar. Das Pariser Mittagsblatt „Le Renneur“ bringt das Gerücht, der König von Spanien wolle sich scheiden lassen. In der Uebersetzung, daß seine Ehe, von denen der eine taubstumm und der andere von Demopistie befallen ist, zu regierungsunfähig seien, denne Alfons XIII. daran, sich mit einer Prinzessin zu verheiraten, von der er einen Thronerben erwarten könne, der seines Namens würdig sei. Im Vatikan seien die Verhandlungen zwecks Nichtigkeitsklärung der bisherigen Ehe bereits im Gange und man spreche bereits von der zweiten Tochter des Herzog Guise als zukünftiger Königin von Spanien. Diese Prinzessin habe Alfons XIII. bei der Vermählung der Anna von Guise mit dem Sohn des Herzogs von Apulien kennengelernt.

Das Blatt, dem die Verantwortung für diese Meldung überlassen bleiben muß, sieht ein Dementi der spanischen Botschaft voraus, erklärt aber schon jetzt, keine Information voll und ganz aufrecht erhalten zu können.

Der amerikanische Bankier Warburg über den Dawesplan

Newyork, 19. Januar. Auf der Jahresversammlung des Aufsichtsrates der International Acceptance Bank kam der Bankier Warburg unter anderem auch auf den Dawesplan zu sprechen. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die internationale Verunft zur Geltung komme, ehe die Ueberspannung der deutschen Leistungsfähigkeit die unausbleiblichen Folgen nach sich ziehe. Eine Revision des Dawesabkommens sei unvermeidlich. Das Abkommen sei ein ungeheuer kostspieliges Experiment und müsse so schnell als möglich eingestellt werden. Die Erfüllung der Dawesforderungen sei unmöglich, wenn man die deutschen Ausfuhr- und Einfuhrziffern vergleiche. Man solle daher nicht mehr länger auf ein Wunder warten. Deutschland habe, um die Reparationsleistungen bisher erfüllen zu können, dafür Geld im Ausland boragen müssen. Die Alliierten täten besser daran, Deutschland nicht zur Aufnahme solcher Anleihen zu zwingen, da auch diese schließlich nur mit Exportüberschüssen bezahlt werden könnten. Warburg, der die Prioritätsfrage nur als theoretisch vorhanden bezeichnete, erklärte, daß der amerikanische Geldmarkt bald wieder für deutsche produktive Anleihen offenstände.

Die Attentäter von Madenovac verhaftet.

Belgrad, 19. Jan. Durch eine Militärpatrouille wurden am Mittwoch die Attentäter auf das Militärdepot von Madenovac in der Nähe von Palanka festgenommen. Die Attentäter, vier an der Zahl, sind bulgarischer Nationalität. Sie wurden heute dem die Untersuchung leitenden Polizeikommissar übergeben.

Sohr der Knecht. ROMAN von ARNO FRANZ. Über es gab kein Tänzchen da drinnen und die Unterredung schien ewig währen zu wollen, so daß es eines nach dem anderen und jedes mit besondern Gedanken, vorzog die Stube zu verlassen. Im Zimmer der Herrin, das Sohr heute zum ersten Male betrat, sahen Frau Kaden und ihr Schwager an einem weißgedeckten Tisch. Sie sahen dem Eintretenden mit offensichtlichem Interesse entgegen. Der Großhainauer hatte sich im Stuhl zurückgelehnt, die Arme über die Brust verdrückt und die langen Storchsbeine von sich gestreckt. Er machte ein toternstes Gesicht, aber die zinkernden grauen Augen strahlten den Ernst dieses Gesichtes. Auch Frau Kaden sah heute anders aus als sonst. „Ich entbiete Sie,“ begann sie, „vor Ihrer Herrin sauerfüßes Angeficht.“ „Ich finde es heute nicht sauerfüßig, gnädige Frau.“ „Aber sonst?“ „Machmal!“ „Sie sind von einer beneidenswerten Offenheit,“ sagt Frau Kaden, kam auf ihn zu und gab ihm die Hand. Sohr beugte sich nieder und küßte die Hand. Das kam Frau Kaden derart unerwartet, daß sie verlegen errödete und hilflos zu ihrem Schwager hinüberlah. Sie wußte nicht, wie sie sich diesem Neuen und Unerwarteter gegenüber verhalten sollte. Der lange Kaden nickte ihr vergnügt zu. „Er kann Schein's mehr, wie Hofmeister verprügeln,“ sagte er. Und da ihm die Verlegenheit der Schwägerin ein spißbüßiges Vergnügen bereitete, tat er zu allem Ueberfluß auch noch die Frage: „Findest du nicht auch, Carla, daß er ein ganz manierlicher und umgänglicher Mensch ist?“ Und Sohr, der die Absicht des Großhainauers erriet, schlug in dieselbe Kerbe, indem er fragte: „Gnädige Frau haben das wohl bezweifelt?“ Zu dumm, daß sie auf diese Fragen keine Antwort fand. Das war zum Heulen. Sie kam sich tatsächlich vor wie die

verhagelte Petersilie ihres Schwagers. Da rettete Claus, der der Begrüßung zwischen Mutter und Freund ein andächtiges Staunen schenkte, die Situation. „Küsse Mutti nochmal die Hand, Sohr. — Du kannst so einen feinen Diener machen.“ Vier Hände griffen da plötzlich nach dem kleinen Mann und zwei Köpfe kamen in gefährliche Berührung. „Carla,“ polterte Kaden, den heute der Teufel zu reiten schien, unter Lachen heraus, „nun sag' schon: Näher mein Gott zu dir! Du mochtest den Sohr ja immer gut leiden.“ „Du bist ein areutzlicher Mensch und ein abscheulicher.“ „Nicht wahr! Das lagt mir Nemeln jeden Tag zweimal.“ „Und aloub' mir, sie hat recht.“ „Wenn zwei es bemeiden, muß es wahr sein.“ „Kommen Sie, Herr Sohr, trinken Sie eine Tasse Tee mit uns“ — sie nötigte ihn, Platz zu nehmen — „und haben Sie aufrichtigen Dank für die so vorbildliche Wahrung meiner Interessen.“ „Gar nichts zu danken, gnädige Frau. Es war mir Bedürfnis. Ich habe selbst erfahren müssen, was eine unbedachte Handlung auf sich haben kann. Und dann hatte ich meinem Freund Claus gegenüber Verpflichtungen, ebenso war ich Herrn Kaden noch einiges schuldig.“ „Schluß, mein Sohn,“ sagte dieser und hielt ihm die Hand über den Tisch hin, „wir sind quitt!“ „Restlos zufrieden?“ „Bis jetzt ja — und lassen Sie mich mal wissen, was heute alles auf Fintenschlag gesehen ist.“ Da ließ Sohr den Tag Revue passieren und alle sahen, daß es kein schöner gesehen war. „Du hast da hüßlich in den Reffen gesehen, Carla,“ sagte Kaden zu seiner Schwägerin, „das hätte eine nette Behöherung geben können.“ Eine leise Bestimmung, aus Scham geboren, froh in Frau Carla empor. Ueber ihr Gesicht zog ein Schatten. Enttäuscht zu haben, tut weher, wie enttäuscht worden zu sein. Man will nur ungerne schuldig werden. „Es ist ja vorbei,“ vermittelte Sohr. „Bei Soldatens war schon die Kritik keine besonders erfreuliche Sache. — Schließlich will man doch e i n e m Menschen vertrauen können.“ Aus zwei blauen Augen blickte ihm stiller Dank entgegen. „Und was ist mit Voigt?“ fragte Kaden, „hier hat er doch nichts mehr zu suchen.“ „Er hat keinen Koffen quittiert.“

„Freiwillig?“ „Nicht so ganz! Zuletzt aber sah er doch ein, daß der Staatsanwalt keine angenehme Bekanntschaft ist.“ „Und was ist das da?“ Er zeigte auf Sohrs verbundenen Kopf. „Sein letztes Angebinde an mich. Der Kerl wirkt nicht übel. Aus zehn Meter Entfernung ist das immerhin eine Leistung.“ „Das hätte schlimmer ablaufen können,“ sagte Frau Kaden. In ihrer Stimme zitterte Erregung und ihre Augen waren voll Teilnahme. „Ein Bauernschädel ist keine Gießkanne. Er muß eine Beute vertragen können,“ erlebte Kaden das Thema und ging zum geschäftlichen Teile über, indem er sich fragend an seine Schwägerin wendete. „Was wird nun mit dem vakanten Posten, Carla?“ „Ja, was wird damit? Vielleicht ist Herr Sohr so freundlich, ihn zu übernehmen.“ „Danke, gnädige Frau. Davon bitte ich abzusehen. Ich möchte nicht den Anschein erwecken, als hätte ich heute für mich gehandelt.“ „Sind Sie doch kein Frosch, Sohr,“ mischte sich Kaden ein. „Einer muß doch da draußen kommandieren. Das gibt ja sooft einen Heidenhektel. Jeden Tag Vogelschießen!“ „Ich bin anderer Ansicht, Herr Kaden. Kommandieren wird nicht nötig sein. Anstellen genügt auch. Ich glaube, die Leute in der Hand zu haben auch ohne den ominösen Titel. Was getan werden muß, wird getan werden.“ „Bis Oktober geht es vielleicht auch so, und dann werden wir ja leben, wie Hase läuft. Ubrigens, Herrschaften,“ sagte er im Aufsteigen, „ich muß heim. Kommen Sie ein Stück mit, Sohr, ich hätte noch etwas für Sie.“ „Ich stehe zur Verfügung.“ „Sehen wir uns morgen, Carla?“ „Um drei Uhr bin ich bei euch. Gruß an Nemeln und Dank für Besuch. — Auch Ihnen, Herr Sohr, nochmals Dank für alles.“ Der verneigte sich und sagte: „Gnädige Frau wollen meiner Treue versichert sein.“ Als die beiden Männer gegangen waren, nahm Frau Carla Kaden ihren Jungen in die Arme und kuschelte ihn an ihre Brust. „Du hast wirklich einen feinen Freund,“ sagte sie, und Claus gab ihr einen Kuß.



getreten ist, ist am Montag an Wundstarrkrampf in einem hiesigen Krankenhaus gestorben.

\*\* Bühl, 19. Jan. (Sechs Güterwagen erbrochen.) In der Nacht auf Montag wurden auf dem hiesigen Güterbahnhof sechs Güterwagen erbrochen und Waren gestohlen. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

\*\* Wittichen bei Offenburg, 19. Jan. (Wieder ein Opfer des Hochzeitschießens.) Die leidige Unsitte des Hochzeitschießens hat wieder einmal ein Opfer gefordert. Beim Abschießen einer Pistole explodierte diese und slog dem Schützen an den Kopf. Auch an der Hand wurde der Schütze verletzt.

\*\* Eichen bei Schopshaus, 19. Jan. (Erhängt.) Der 70 Jahre alte Dienstknecht Johann Albiez von Alteschwand wurde in der Nähe des Anwehens seines Dienstherrn Wilhelm Grether an einem Baum erhängt aufgefunden. Der Grund zur Tat dürfte darin zu suchen sein, daß Albiez der Kreisplegenschaft Viehs überwiefen werden sollte, wogegen er sich sträubte.

\*\* Hausach i. N., 19. Januar. Der Kinzigtalgau badischer und württembergischer Musikvereine hielt am Sonntag in Egersweier seine alljährliche Generalversammlung ab, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Der wichtige Punkt der Tagesordnung: ob, wann und wo in diesem Jahre wieder ein großes Musikfest stattfindet, war Ursache einer längeren Debatte. Als Festorte bewarben sich Schonach und Hausach. Die Versammlung entschied für Hausach, und zwar soll das Fest am ersten Sonntag nach Pfingsten stattfinden.

\*\* Neuenburg, 19. Januar. (Starkes Auftreten der Grippe.) Hier ist in neuerer Zeit die Grippe wieder sehr stark aufgetreten.

\*\* Freiburg, 19. Jan. 2000 Bestellungen von Karten für das Stadttheater haben die Bestellung eines Sonderzuges für die Kinzig- und Rheintalfer gebracht. Die Vorführung der Oper „Lohengrin“ für diese Besucher wird wegen des großen Interesses daher nicht nur am 22., sondern auch am 28. Januar erfolgen.

\*\* Rembach (bei Waldshut), 19. Januar. (Unfall.) Beim Holzfällen im Walde verunglückte Max Güntert und mußte bewußtlos nach Hause gebracht werden. Sein Zustand ist bedenklich.

Karlsruher Schwurgericht.

Den Vater erstochen. — Elf Jahre Zuchthaus.

Karlsruhe, 18. Jan. Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der 24jährige Widelmacher Josef Haag aus Kirrlach wegen Totschlags zu verantworten, der am 2. Oktober vorigen Jahres seinen im gleichen Hause in Kirrlach wohnenden Vater durch Messerhiebe getötet hat. Mit der kapitalisierten Kriegserente des Vaters, der Kriegstrümpel ist und seinen rechten Arm nicht mehr gebrauchen kann, hatte man das Haus erbaut, in das der Angeklagte nebst seinen Eltern und Geschwistern im Januar 1927 einzog. Der Vater betätigte sich in Haus- und Landarbeiten. Ab und zu gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen Vater und Sohn, deren Ursache der Angeklagte nicht angeben vermag. An dem Unglückstage morgens benutzte der Vater das Rad des Sohnes zu einem Ausflug in die Gegend von Malsch. Wegen Mittag kam er zurück. Nicht die geringste Differenz führte den Frieden des Hauses. Der Sohn wollte dann mit dem Rade nach Philippsburg fahren, verließ auch das Haus und fuhr ein Stück Wegs davon. Er kam jedoch nicht ans Kirrlach hinaus. Bei der Kirche drehte er plötzlich um und kehrte zurück, weil er meinte, daß es zu Hause Streit gäbe. Die Frage, wie er dies ahnen konnte, beantwortet er dahin, er habe dies gahnt, weil es öfters zu Streitigkeiten kam. Der Angeklagte traf seinen Vater mit der Mutter scheidend im Hofe an. Er fragte, was los sei und verlangte seine Ruhe, worauf er ohne weiteres ein Küchenmesser hervorholte und auf seinen Vater blindlings einstach, bis dieser mit einer ganzen Reihe von Verletzungen an Hals, Brust, Gesicht und Rücken blutüberströmt zu Boden sank. Damit nicht genug, hieb er mit den Fäusten auf den am Boden Liegenden ein und trat ihn mit Füßen. Nach der Tat, deren Ursache der Angeklagte nicht angeben vermag, machte er sich mit dem Rade davon. Als die Polizei am Tatort erschien, wurde er von seiner Schwester zurückgeholte. Die Zeugnisaussagen stellten dem Gericht ein gutes Zeugnis aus, über die häuslichen Verhältnisse habe er sich jedoch nicht immer zufrieden geäußert. Der Sohn hatte einem Zeugen wiederholt erklärt, „er habe keinen Vater“ und „er stehe ihn noch toll“.

Der ärztliche Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Hans Roemer-Karlsruhe, hat bei der Untersuchung des Angeklagten keinerlei krankhafte Defekte feststellen können. Bei Begehung der Tat habe er sich wohl in Erregung befunden, ohne daß jedoch ein krankhafter Ausnahmestand vorlag. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung wegen Verbrechens im Sinne der Anklage zu zwölf Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Peter, trat für eine mildere Beurteilung des Tatbestandes unter dem Gesichtspunkt ein, daß der Beschuldigte bei Begehung der Tat seinen Vater nicht gekannt haben könnte. Das Schwurgericht erkannte auf elf Jahre drei Monate Zuchthaus, abzüglich drei Monate Untersuchungshaft und fünf Jahre Ehrverlust.

Zuchthaus wegen Meineids.

Karlsruhe, 19. Januar. Wegen Meineids hand gestern vormittag das 21jährige Dienstmädchen Elsa Schud aus Böhlingen vor den Geschworenen. Die Angeklagte hatte in einem beim Amtsgericht Redarfulm anhängigen Unterhaltsprozeß ihres unehelichen Kindes am 16. Juni 1926 vor dem Amtsgericht Forzheim der Wahrheit zuwider unter Eid ausgesagt, sie habe in der Zeit vom 20. April bis 23. August 1925 nur mit dem Beklagten Sch. vertraulichen Umgang gehabt, während sie in Wirklichkeit, wie die heutigen Zeugnisaussagen ergaben, mit noch anderen Männern in der fraglichen Zeit sich eingelassen hatte. Diese unwahre Aussage hatte zur Folge, daß der Beklagte Sch. zur Zahlung des Unterhalts für das uneheliche Kind der Angeklagten verurteilt wurde.

Die Schud legte in der heutigen Verhandlung ein unumwundenes Geständnis ab. Oberstaatsanwalt Heinsheimer beantragte wegen Meineids nach § 154 ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Seipfel unter Hervorhebung mildernder Gesichtspunkte die gefestigte Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus für ausreichend erachtete.

Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte zu einem Jahr Zuchthaus abzüglich der Untersuchungshaft. Die hütgerlichen Ehrenrechte wurden auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Außerdem wird sie für dauernd unfähig erklärt, als Zeugin oder Sachverständige eidlich vernommen zu werden. Die Angeklagte unterwarf sich diesem Urteil.

Das beschlossene Geschäftshaus. — Beschleischlicher.

Freiburg, 19. Jan. Durch einen Keller hatte der 30jährige Schreiner Max Stigler den Weg nach dem Warenlager eines großen Geschäftshauses in der Kaiserstraße angebahnt. Die durch langdauernde Freiheitsstrafen noch nicht gebändigte Diebeslust erwachte wieder in Stigler. Er kletterte dem Warenlager im vorigen Jahre häufig heimliche Besuche ab und schleppte Stoffe, Hemden, Wäsche, Strümpfe, Kravatten usw. im Gesamtwert von über 2000 Mark davon. Das Diebesgut konnte zum Teil beschlagnahmt und dem Beschlagnahmten zurückgegeben werden; die übrigen Sachen hatte Stigler, soweit er sie nicht selbst verwendete, verkauft. Stigler stand in lobender Berufsarbeit. Er wurde wegen fortgesetzter schwerer Diebstähle zu zwei Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der kinderlose Landwirt und Fuhrhalter August Burger in Bleibach i. Elztal, der mit seiner Frau vor dem Strafrichter erscheinen mußte, besaß ein schuldensreies Hofgut, hatte genügend Vieh und vier Pferde im Stalle stehen. Wie er behauptet, hat ihm der Geschäftsführer einer Fabrik angeboten, ein Kasino zur Bewältigung seines Fuhrbetriebes anzuschaffen. Burger, mit dessen geschäftlicher Einsicht es nicht weit her zu sein scheint, schenkte den Einflüsterungen Gehör und kaufte einen Lastkraftwagen zum Preise von 2750 Mark. Damit hatte er sich eine Schuldenlast aufgeladen, die zu seinem Ruin führte. Ein ihm in Aussicht gestelltes Hypothekendarlehen blieb eine ebenso trügerische Hoffnung wie das Geld, das er mit dem Lastkraftwagen zu verdienen glaubte. Um den rasch aufeinanderfolgenden Ratenzahlungen für den Wagen nachzukommen, wurde Burger zum Wechsel- und Dokumentenfälscher; seine Frau leistete ihm bei der Fabrikierung einer gefälschten Bilanzsumme Beihilfe. Als Burger das Wasser am Halse stand, verkaufte er sein Besitztum an eine Fabrik, wurde nachher unter Zurücklassung der Mehrzahl seiner Gläubiger und seiner Frau flüchtig, konnte aber in Stuttgart verhaftet werden. Bei allem Verständnis, das man seiner prekären Lage am Richterliche entgegenbrachte, können Wechsel-fälschungen doch nicht leicht genommen werden. Burger erhielt wegen erworbener Urkundenfälschung und Betrug 10 Monate Untersuchungshaft; seine Frau 4 Monate Gefängnis, abzüglich ein Monat Untersuchungshaft.

Karlsruher Produktenbörse vom 18. Januar.

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Die ruhige Haltung auf dem Brotgetreidemarkt hält an. Braugerste bleibt weiterhin bei etwas festeren Preisen gesucht. Mais und Hafer sind gefragt. Im übrigen ist der Futtermittelmarkt unverändert. Süddeutscher Roggen 25.50—26.50, deutscher Roggen 25—25.50, Sommergerste je nach Qual. 21.50 bis 23, deutscher Hafer je nach Qual. 21.50—23.50, Fabrikationsware über Notiz. Plata-Mais, bezugsfähig 21.50—22, Weizenmehl, Mühlenerforderung 37.25—37.50, Roggenmehl, Mühlenerforderung, südd. Fabrikate 36—36.50, Weizenfuttermehl 15.50—16.25, Weizenkleie fein 13.50—14, Weizenkleie grob 14.50—14.75, Roggenkleie 14.75—15.25, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreiber, je nach Qual. 18.25—18.75, Malzkeime 17.50—18, Trockenrüben, per Januar-März 12.25, Kapselrüben, lose 18, Erdnusskuchen, Mannheimer Fabrikate, lose 24.75—25, Sona-Schrot, Mannheimer Fabrikate, mit Sad 22—22.25, Speisekartoffel, gelbfl. 8.60 bis 9, weißfl. 7.60—7.80, Raufuttermittel: Voles Weizenfer, gut, gesund, trocken 8—8.50, Luzerne 9—9.50, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 4.25—4.75, Alles per 100 Kilo, Mühlenerfabrikate, Mais, Viertreiber und Malzkeime mit Getreide und Trockenrüben ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Raffination, Waagware. Kleinere Quantitäten entsprechende Aufschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Kosten des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten. Abteilung Weine und Spirituosen: Die Marktlage ist unverändert.

Neueste amtliche Kurse

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim, vom 19. Januar 1928.

Table with columns for 'Kurslisten', 'Bankaktien', 'Bergwerks-Aktien', 'Aktien industri. Unternehmungen', and 'Aktien deutscher Zeitschriften'. It lists various stocks and their prices.

Radio-Programm für Freitag, den 20. Januar 1928.

- Radio program listings for various cities: Berlin (483), Königsberg (468), Leipzig (365), München (535), Stuttgart (379), Paris (1750), Wien (517), Zürich (588), Prag (348).

Radio-Vertrieb

E. Schick, Urmachermeister, Sinsheim a. E. Dr. Selbst-Vertrieb - Lager in Zeilhausen-Möhren, Kaden-Batterien - sämtlichen Ersatzteilen, Radio-Akkumulatoren-Ladestation. - Telefon 919.

Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften bei J. Doll, Buchhdlg., Sinsheim.

Wetterbericht.

Karlsruhe, 20. Januar. Das gestern über der Nordsee liegende Tiefdruckgebiet hat sich durch Zustuß von Kaltluft aus Norden aufgelöst. Es besteht jetzt von Schweden bis Mitteldeutschland ein nach Süden gerichtetes Druckgefälle, so daß hier Nordostwinde eintreten sind, die Kaltluft heranzuführen. Auch Südwestdeutschland wird bald in den Bereich der Nordostströmung kommen. Eine neue tiefe Zykone westlich Irland gewinnt vorberhand keinen Einfluß auf unsere Witterung.

Brennholz-Versteigerung

Die Evang. Pflanzschule in Heidelberg versteigert im Gasthaus „3. Stadtpark“ in Sinsheim (Ehens) am Donnerstag, den 26. ds. Ms. vormittags 1/2 9 Uhr beginnend aus Distrikt „Linsenstein“ und „Asberg“: Scheitholz, Ster: 339 buch., 6 eich., 6 fonsf. Laubholz und 8 Nadel; Prügelholz, Ster: 63 buch., 8 eich., 11 fonsf. Laubholz und 32 Nadel; Wellen, Stück: 5,480 bu., 75 eich., 1,485 Nadel und 1,100 gem. sowie 2 Ster eichen Nutzschichtholz und 3 Löße Schlagraum. Vorzeiger des Holzes Forstwart Steinmann in Dühren.

Freihändiger Nutzholzverkauf.

Forstamt Neckarshwarzach, Montag 30. Januar: 145 fm Eichen, 165 fm Rotbuchenstammholz, 200 Ster ei. Gerbholz, 38 Ster rotbu. Nutzrollen von 16 cm Zapf aufwärts, 40 Ster Grubenholz 8—14 cm Zapf 1.85 bzw. 1.85 m lang. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Bienen-Honig

liebere ich Ihnen, welcher auf Reinheit und Güte von der Landwirtschaftlichen Untersuchungsstation Bremen Dr. Weiss und Dr. Laband, beidseitige Handels-Chemiker, und den für Honiguntersuchungen bekannten beidseitigen Handels-Chemiker Dr. R. Zöckler, Bremen, untersucht ist. Den 10-Pfund-Eimer zu M 10.70, 5-Pfund-Eimer M. 6.20. Nachnahme 30 Pfennig mehr. Pundsack, Lehrer a. D., Hude 297 i. Oldbg. In einem Monat 1598 neue Kunden.

L. Glück, Waibstadt

Hofkleidermacher. Feine Herrenschneiderei. Großes Stofflager. Auf Wunsch Besuch zu jeder Zeit.

Asthma

Chron. Bronchialkatarrh, Verschleimung d. Atmungsorgane u. veraltet. Husten. 9 Jahre schwer daran gelitten, alle pers. Mittel waren erfolglos, bis ich selbst ein Pulver zum Einnehmen erfunden habe, das mir sofort geholfen. Herzl. empföhl. Tausende v. Dankschreib. Jeder Leidende erhält bei Einfind. v. Mk.: 1.05 (Briefmarken) eine Probe durch meine Versand-Apotheke zugesandt, damit er sich vom Erfolg selbst überzeugen. Paul Breithaupt, Berlin SO 36.

Stockfische

Wilhelm Geiß Seifenfabrikation Telefon 333.

Zum Verkauf meiner erstkl. Nähmaschinen Vertreter gesucht, evtl. Frau oder Frä. Anfänger wird eingearbeitet. Der Verkauf erfolgt auf Ratenzahlung bis 18 Monate. Spesenzuschuß u. hohe Prod. wird gewährt. Off. unt. DS 1629 an Jul. Kiegl, Ann.-Exp., Heidelberg.

Harmonium

gebraucht, preiswert zu verkaufen. Karl Hochstein Heidelberg, Hauptstr. 73.

Wirtschaften

die ihren Gästen Musik bieten, haben einen ganz besonderen Zuzug.

Inventur-Ausverkauf

finden Sie 7 Standapparate von Mk. 118.— an 16 Hauben „ „ 38.— „ 3 Koffer „ „ 42.— „ Diese Gelegenheit sollten sie benützen.

Uhrenhaus Schick Sinsheim und Bad Rappenau